

# PRESSEDIENST

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Charlottenburg-Wilmersdorf  
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin  
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914  
e-mail: [fraktion@gruene-cw.de](mailto:fraktion@gruene-cw.de)  
<http://www.gruene-cw.de>



---

## Große Anfrage und Anträge an die BVV am 21. November 2019

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kempf/Wapler/Kaas Elias

### Kältehilfe, Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit im Bezirk

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie hat sich die Zahl der Wohnungslosen und Obdachlosen von 2015 bis 2019 entwickelt (bitte tabellarisch angeben) und wie wird sich das Bezirksamt an der geplanten Zählung von Obdachlosen des Landes Berlin beteiligen bzw. diese unterstützen?
2. Welche Einrichtungen werden in dieser Kältehilfeperiode im Bezirk entsprechende Angebote anbieten und welche Maßnahmen für Obdach- und Wohnungslose plant das Bezirksamt über die befristete Einrichtung in der Schweinfurthstraße hinaus?
3. Wie ist der aktuelle Stand der Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungsnotfällen und wie ist diese mit Mitteln wie Personal ausgestattet?

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kempf/Wapler/Drews

### Parken auf dem Gehweg am Salzufer

Die BVV möge beschließen:

das Bezirksamt wird gebeten, durch das Ordnungsamt verstärkte Kontrollen am Salzufer durchzuführen, um das illegale Parken auf dem Fußweg an der Uferseite zu ahnden. Gleichzeitig soll die Polizei gebeten werden, auch diesen Bereich daraufhin zu kontrollieren.

Der BVV ist bis zum 29.2. 2020 zu berichten.

Begründung:

Die Gehwegseite am Salzufer ist zu den normalen Büro- und Geschäftszeiten vollständig zugeparkt, sodass es für Fußgänger\*innen nicht möglich ist, auf dem Gehweg an der Uferseite

zu laufen. Der gesamte Bereich ist mit Schildern, die absolutes Halteverbot anzeigen, versehen und ein Schild, aus dem hervorgehen würde, dass das Parken auf dem Gehweg erlaubt sei, existiert nicht.

---

Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE  
Sempff/Tillinger/Wapler/Kempff/Wieland/Gusy/Juckel/Schenker

### **Entfernung der antisemitischen Bodenplatte auf dem Walter-Benjamin-Platz**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die antisemitisch konnotierte Bodenplatte auf dem Walter-Benjamin-Platz entfernt wird.

Der BVV ist bis zum 30.04.2020 zu berichten.

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kempff/Wapler/Kaas Elias

### **Bericht Schulwegsicherheit / Pilotprojekt Schulstraßen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

1. einen Bericht über die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen der Schulen auf Schulwegsicherheit vorzulegen
2. darzulegen, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit seit Anfang 2018 umgesetzt wurden
3. darzulegen, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit geplant sind
4. bei der Prüfung von Maßnahmen die mögliche Einrichtung von Schulstraßen (zunächst als Pilotprojekt) einzubeziehen.

Der BVV ist bis zum 29.02.20 zu berichten.

Begründung:

Die BVV hat in ihrer Sitzung vom 14.12.2017 beschlossen, das BA zu ersuchen, jede Schule im Bezirk sukzessive auf Schulwegsicherheit zu überprüfen (Drs. 0326/5). Hierbei sollten die jeweiligen Elternvertreter\*innen, Vertreter\*innen von Schulen, das Bezirksamt und Expert\*innen für Schulwegsicherheit einbezogen werden, um die gefährliche Verkehrssituation vor unseren Schulen wirksam zu verbessern und damit die Sicherheit der Schulkinder auf ihrem Schulweg zu gewährleisten.

Bei Schulstraßen (Beispiel Wien) handelt es sich um Straßen, in denen temporäre Fahrverbote eingerichtet werden (eine halbe Stunde vor Schulbeginn, ggf. auch am Nachmittag). Dies hat zur Folge, dass es unattraktiver wird, Kinder mit dem Auto zur Schule zu fahren, dadurch fahren Kinder verstärkt mit dem Rad oder dem ÖPNV zur Schule bzw. gehen zu Fuß. Positiver Nebeneffekt: Kinder tanken morgens frische Luft und können sich in der Schule besser konzentrieren. In Wien wurden inzwischen (nach einer Pilotphase) drei Schulstraßen dauerhaft eingerichtet, weitere sollen folgen. Die Zufriedenheit der Schulen und Eltern hiermit ist groß. Es sollte geprüft werden, ob diese Maßnahme auch in unserem Bezirk an einigen Schulen, zunächst als Pilotversuch umsetzbar ist.